



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik**

Frau Thiemann

Telefon: (0221) 221-22822

Fax: (0221) 221-6627497

E-Mail: angelaedith.thiemann@stadt-koeln.de

Datum: 11.08.2020

Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 23.06.2020, 15:00 Uhr bis 16:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Dr. Günter Bell

Behindertenbeauftragter

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Steven Adam

DPWV

Frau Jutta Geurten

AG Selbsthilfe Marcumar Selbsthilfegruppe

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis

Herr Heinz-Peter Helmes

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Erftkreis

Frau Annette Hepp

DSB-Regionalgruppe der Schwerhörigen und Ertaubten Köln und Umgebung e.V.

Herr Horst Ladenberger

Zentrum für selbstbestimmtes Leben

Herr Wolfgang Schaefer

Deutsches Rotes Kreuz

Frau Alina Schiller

Synagogen-Gemeinde Köln

Frau Sigrid Schmitz

Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft

Herr Andreas Thermann

Arbeiterwohlfahrt

Herr Andreas Weber

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ute Frein

VdK

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach

SPD

Herr Manfred Waddey

GRÜNE

Herr Helmuth Krämer

DIE LINKE

Ständige Gäste

Frau Judith Beckmann	KVB AG - Kölner Verkehrsbetriebe AG
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung

Verwaltung

Herr Marco Dehnhard	Amt für Integration und Vielfalt
Frau Doris Dieckmann	Amt für Weiterbildung - VHS
Herr Hans-Jürgen Oster	Amt für Integration und Vielfalt
Frau Nina Rehberg	Amt für Integration und Vielfalt

Gäste

Herr Frank Feles	sachkundiger Einwohner in den Ausschüssen Soziales und Senioren und Umwelt und Grün
Frau Ulrike Müller-Harth	
Frau Ute Palm	sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Kunst und Kultur
Herr Achim Schmitz	

Schriftführerin

Frau Angela Edith Thiemann	Amt für Integration und Vielfalt/Geschäftsführung StadtAG Behindertenpolitik
----------------------------	--

Presse

Zuschauer

Herr Dr. Bell begrüßt die Anwesenden. Er erläutert die Rahmenbedingungen der heutigen Sitzung und weist auf TOP 0 der heutigen Sitzung hin.

Nach Veröffentlichung wurden weitere Tagesordnungspunkte angemeldet. Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wurden über die Ergänzung der Tagesordnung per E-Mail informiert.

- 2.1.1 Antrag: Mobiler Informationsstand der Stadt-AG Behindertenpolitik
- 2.4 Antrag der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen zu "Auswirkungen der Pandemie auf behinderte Menschen in Köln" vom 16.06.2020
- 2.5 Geschäftsordnung für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
- 2.5.1 Antrag der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen zu "Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik"
- 4.1 Anfrage des Vertreters der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen Herr Intveen vom 12.06.2020 zu

"Prüfung Bereitstellung technischer Ausstattung für Audio- und Videokonferenzen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik"

- 4.2 Anfrage der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen zu TOP 3.3 Jugendbefragung
- 5.2 Flyer der Landesbehindertenbeauftragten NRW "Barrierefreie Wahllokale"
- 5.3 Mitteilung des ZsL- Zentrum für selbstbestimmtes Leben - Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung zu "Schutzkleidung für Assistent*innen"

Die Mitteilung

Fertiggestellte Baumaßnahmen auf öffentlichen Spiel- und Bolzplätzen
2018/2019 (DsNr. 0331/2020)

wurde verfristet eingereicht und wird daher erst auf der nächsten Sitzung behandelt.

Wegen der besonderen Umstände der Corona-Pandemie soll die Sitzungsdauer möglichst kurz sein. Daher sollen, analog des Verfahrens in den Ausschüssen des Rates, die Mitteilungsvorlagen grundsätzlich ohne Aussprache zur Kenntnis genommen werden. Fragen können schriftlich zu Protokoll gegeben werden und werden dann in einer Anlage zum Protokoll beantwortet. Das betrifft die Tagesordnungspunkte 3 ff.

Zu den Tagesordnungspunkten

- 3.1 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik
- 3.2 Fertiggestellte Baumaßnahmen auf öffentlichen Spiel- und Bolzplätzen
- 3.3 Jugendbefragung und dann... - Erste Bilanzierung ,

der zusammen mit

- 4.2 Anfrage der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen zu TOP 3.3 Jugendbefragung

behandelt werden soll, und zum Tagesordnungspunkt

- 3.4 Ausbau der systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung

wurde vorab Beratungsbedarf angemeldet.

Mit diesen Änderungen und Vorgaben wird die Tagesordnung wie folgt genehmigt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Sitzungsorganisation

1 Gespräch und Vorträge

2 Beschlüsse und Beschlussempfehlungen

2.1 Budget der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

2.1.1 Antrag: Mobiler Informationsstand der Stadt-AG Behindertenpolitik

2.2 Arbeits- und Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik der Amtsperiode 2014 - 2020

2.2.1 Arbeits- und Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik der Amtsperiode 2014 - 2020
hier: Fazit der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

2.3 Änderung der Entgelt- und Benutzungsordnung der Volkshochschule Köln
0407/2020

2.4 Antrag der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen zu "Auswirkungen der Pandemie auf behinderte Menschen in Köln" vom 16.06.2020

2.5 Geschäftsordnung für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

2.5.1 Antrag der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen zu "Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik"

3 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3.1 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0299/2020

3.2 Fertiggestellte Baumaßnahmen auf öffentlichen Spiel- und Bolzplätzen
2018/2019
3737/2019

- 3.3 Jugendbefragung und dann... - Erste Bilanzierung
0178/2020
- 3.4 Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung
1102/2020
- 3.5 Inklusionstaxen in Köln
1098/2020
- 3.6 Beantwortung der Anfragen an die KVB AG aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 17.02.2020 zu "Sicheres An- und Abfahren von Bussen und Bahnen" und "Akustisches Warnsystem bei Hybrid- und Elektrofahrzeugen"
- 3.6.1 Beantwortung der Anfragen an die KVB AG aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 17.02.2020 zu "Sicheres An- und Abfahren von Bussen und Bahnen" - akustisches Erkennen
- 3.6.2 Beantwortung der Anfragen an die KVB AG aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 17.02.2020 zu "Akustisches Warnsystem bei Hybrid- und Elektrofahrzeugen" - Türöffnung
- 4 Anfragen und Anträge**
- 4.1 Anfrage des Vertreters der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen Herr Intveen vom 12.06.2020 zu
"Prüfung Bereitstellung technischer Ausstattung für Audio- und Videokonferenzen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik"
- 4.2 Anfrage der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen zu TOP 3.3 Jugendbefragung
- 5 Mitteilungen**
- 5.1 Stadtmagazin KölnerLeben: Wegweiser "Gut informiert älter werden" / Start des Podcast für Senioren
1458/2020
- 5.2 Flyer der Landesbehindertenbeauftragten NRW "Barrierefreie Wahllokale"
- 5.3 Mitteilung des ZsL- Zentrum für selbstbestimmtes Leben - Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung zu "Schutzkleidung für Assistent*innen"
- 6 Bericht des Behindertenbeauftragten**
- 6.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 2/2020
0647/2020

7 Diversity

8 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

9 Verschiedenes

Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2020, DSNr. 0418/2020

I. Öffentlicher Teil

Sitzungsorganisation

Herr Ladenberger erläutert, dass Herr Intveen, ebenso wie verschiedene andere Mitglieder, aufgrund der heutigen Rahmenbedingungen an der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nicht teilnehmen kann. Diese Anforderungen an den Sitzungsraum, die eingeschränkte Teilnehmerzahl, die Verkürzung der Sitzung etc. sind auf Dauer nicht akzeptabel. Sie hindert die Menschen mit Behinderung an der Ausübung ihrer Mandate. Herr Ladenberger verliest den folgenden Wortbeitrag von Herrn Intveen/Vertreter der sehbehinderten und blinden Menschen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik:

„Heute zeigt sich exemplarisch äußerst deutlich und schmerzhaft, wie stark dieses Gremium von den Auswirkungen der Corona-Krise betroffen ist. Es wurden sowohl der Sitzungstermin als auch der Ort in Folge notwendiger Schutzmaßnahmen zur Begrenzung der Infektionsrisiken geändert.

Trotzdem oder gerade deshalb blicken wir heute auf eine deutlich kleinere Anzahl von Teilnehmern. Dies gilt sowohl für die stimmberechtigten Mitglieder, die Vertreter*innen als auch für die ständigen Gäste bzw. Vertreter*innen der Verwaltung und aus der Politik.

Menschen mit Behinderung sind von diesen negativen Auswirkungen besonders betroffen, da sie häufig zu den Risikogruppen gemäß Robert Koch Institut zu zählen sind und sich deshalb besonders schützen müssen.

Wir bedauern sehr, dass mangels entsprechender technischer Vorkehrungen die politische Teilhabe nur stark eingeschränkt oder gar nicht möglich ist. Es ist uns unverständlich, warum hier nur mit Einschränkungen, weniger aber mit Lösungen zur Sicherstellung von Austausch, Diskussion, Befragung und Teilhabe die Arbeit dieses Gremiums stattfinden kann.

Allerdings wissen wir das Engagement im Büro des Behindertenbeauftragten für bestmögliche Lösungen sehr zu schätzen. Das gilt auch für den Versuch der Verwaltung, den Sitzungsbetrieb, wenn auch eingeschränkt, aufrecht zu halten. In anderen Kommunen werden da ganz andere Strategien verfolgt.

Sie erlauben mir bitte abschließend den Hinweis auf die grundsätzliche Notwendigkeit des Austausches und der Diskussion in einem Gremium dieser Stadt. Die vorab erhaltenen Hinweise mit der Bitte zur Begrenzung der Beiträge zur Verkürzung der Sitzungsdauer ist zwar im Sinne des Gesundheitsschutzes nachvollziehbar, kann aber keine erfolgversprechende Richtung im Sinne dieses Gremiums auf Dauer sein.

Vielen Dank!“

1 Gespräch und Vorträge

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Beiträge vor.

2 Beschlüsse und Beschlussempfehlungen

2.1 Budget der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

2.1.1 Antrag: Mobiler Informationsstand der Stadt-AG Behindertenpolitik

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat ein Budget in Höhe von 10.000 Euro. In der Sitzung am 17.02.2020 hatte sie beschlossen, wie das Budget 2020 verwendet werden soll. Durch die Corona Pandemie können die geplanten Veranstaltungen nicht stattfinden. Daher werden die alten Anträge zurückgezogen und über die Verwendung des Budgets 2020 muss erneut beschlossen werden.

Herr Ladenberger hat im Namen der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen einen neuen Antrag vorgelegt und erläutert diesen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt wie folgt:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt:

- Die Beschlüsse zum Budget aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 17.02.202 sind aufgehoben.
- Den Antrag von Herrn Ladenberger vom 02.06.2020 „Mobiler Informationsstand der Stadt-AG“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Herr Ladenberger hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

2.2 Arbeits- und Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik der Amtsperiode 2014 - 2020

2.2.1 Arbeits- und Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik der Amtsperiode 2014 - 2020 hier: Fazit der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik berichtet regelmäßig, über welche Themen sie beraten und welche Empfehlungen sie ausgesprochen hat. Zum Abschluss der Amtsperiode 2014 bis 2020 wird über die gesamte Amtsperiode berichtet.

Die stimmberechtigten Mitglieder haben dazu ein Fazit geschrieben.

Herr Schaefer nimmt hierzu für die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege Stellung:

Er betont, dass die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen eine erheblich größere Unterstützung als die hauptamtlich vertretenen Mitglieder, also z. B. die Vertreter*innen der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, benötigen, da sie ihr Mandat ehrenamtlich ausüben und auf Unterstützung –

sowohl durch eine gute, funktionierende Technik als auch durch personelle Unterstützung und Begleitung – angewiesen sind. Es hat sich gezeigt, dass die bisherige Unterstützung zwar gut war, aber bei weitem nicht ausreicht.

Darüber hinaus muss die Stadt Köln

- noch sehr viel für ihre Mitarbeitenden mit Behinderung tun,
- die Wohnraumpolitik weiter forcieren, da es einen erheblichen Mangel an barrierefreiem Wohnraum gibt.
- die Inklusion an Kölner Schulen und Kitas herstellen. Die Verweigerung des inklusiven Unterrichts¹, wie es jetzt die Kölner Gymnasien getan haben, ist negativ zu bewerten,
- den ÖPNV in Köln verbessern, da die Barrierefreiheit bislang nicht umfassend umgesetzt wurde und z.B. durch den Ausfall von Aufzügen an den Haltestellen, nicht gewährleistet wird.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat auch in diesen Bereichen viel bewegt und sich sehr bewährt. Daher sollte sie so engagiert weiterarbeiten, alle Themen angehen und, wo es nötig ist, Barrierefreiheit, Teilhabe und Inklusion einfordern.

Herr Ladenberger nimmt für die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen Stellung:

Er erinnert daran, dass zu dem Zeitpunkt, als das Fazit geschrieben wurde, die Pandemie sich erst abzuzeichnen begann. Der ÖPNV hat sich während der Pandemie als völlig anders dargestellt als zuvor. Ein erheblicher Teil der Menschen mit Behinderung gehört zum Hoch-Risiko-Personenkreis, ist aber zugleich auf Sichtkontakt oder auch auf körperliche Hilfe bzw. Assistenz angewiesen. Auch die Rahmenbedingungen für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik haben sich zum Nachteil verändert.

Die Dezernatumbildung wurde zunächst zurückhaltend beurteilt. In der weiteren Entwicklung konnten seitens der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik viele Aspekte eingebracht werden, die berücksichtigt wurden.

Die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die Mitglieder des Arbeitskreises Barrierefreies Köln¹ sind mittlerweile nicht mehr identisch. Die Arbeit wird also auf mehr Köpfe verteilt. Dies ist dringend geboten, da die Projekte, an denen die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik arbeitet, im Laufe der Jahre erheblich zugenommen haben.

Durch die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik konnte das Thema „Disability Mainstreaming“ etabliert werden.

Negativ stellt sich dar, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, insbesondere die Vertreter*innen der Menschen mit Behinderung, u.a. nicht am Parkkonzept Innenstadt beteiligt wurde. Dies ist ein Beispiel von vielen, das zeigt, dass das Beteiligungskonzept der Stadt Köln noch nicht umgesetzt worden ist.

¹ Der Arbeitskreis Barrierefreies Köln ist nicht-städtisches Gremium der Menschen mit Behinderung, an den die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die Themen Bauen und Verkehr delegiert hat.

Herr Dr. Bell weist darauf hin, dass das Fazit, so es denn beschlossen wird, als Anlage 2 der Verwaltungsvorlage beigefügt und in alle Gremien gehen wird, die sich mit dem Arbeits- und Erfahrungsbericht befassen.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt das Fazit der stimmberechtigten Mitglieder zum Arbeits- und Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die Amtsperiode 2014 bis 2020.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**2.3 Änderung der Entgelt- und Benutzungsordnung der Volkshochschule Köln
0407/2020**

Herr Ladenberger weist darauf hin, dass nach der neuen Regelung die Begleitpersonen, die unentgeltlich teilnehmen, keine Kurs-Teilnehmer*innen sind. Er bittet, die Regel großzügig auszulegen.

Frau Dieckmann sichert zu, diese Anregung einzubringen.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik begrüßt diese Vorlage und unterstützt den Beschluss des Rates:

Der Rat beschließt die beigefügte geänderte Entgelt- und Benutzungsordnung für die Volkshochschule Köln ab dem 2. Semester 2020 und führt damit insbesondere eine zusätzliche Ermäßigung für Menschen mit Schwerbehinderung sowie ggf. den kostenlosen Zutritt erforderlicher Begleitpersonen ein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2.4 Antrag der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen zu "Auswirkungen der Pandemie auf behinderte Menschen in Köln" vom 16.06.2020

Herr Ladenberger stellt dar, dass die Menschen mit Behinderung zu Beginn der Pandemie nicht im Focus der Organisationseinheiten waren, die sich mit Krisenmanagement befassen. Erst als in den Senioren- und Pflegeheimen die Todesfälle drastisch zunahm, wurde dieser Personenkreis beachtet. So stand z.B. das Thema Schutzkleidung für Pflegekräfte, die Menschen mit Behinderung und pflegebedürftige Senior*innen außerhalb von Einrichtungen pflegen, nicht im Focus. Er betont, dass die gegenwärtige Lösung, Menschen mit Behinderung aus Schutzgründen auszugrenzen, keine Lösung ist und erhebliche neue Probleme schafft.

Das Personal und die Verantwortlichen müssen geschult werden, auf solche Krisen vorbereitet zu sein, um angemessen handeln zu können.

Herr Dr. Bell teilt mit, dass die Unter-Arbeitsgruppe Vulnerable Gruppen des Krisenstabes der Stadt Köln sich mit diesen Themen befasst. Der vorliegende Antrag wird hier eine gute Grundlage sein, in die Diskussion um Verbesserungen einzutreten und die Notfallpläne zu überarbeiten.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln beschließt folgende Empfehlungen an die Fachausschüsse des Rates, die unten genannten Themen befassen:

„Beim weiteren Umgang mit dieser Pandemie sind die Bedarfe behinderter Kölner Bürger*innen stärker zu berücksichtigen. Des Weiteren sind für künftige Ereignisse die bisherigen Erfahrungen zu analysieren und in Notfallpläne für die Zukunft einzuarbeiten.“

Strukturen zur Unterstützung behinderter Menschen in Köln dürfen nicht beschädigt werden und Sparmaßnahmen zum Opfer fallen.

Behinderte Menschen in besonderen Wohnformen müssen wieder in die Lage versetzt werden, am Leben in der Gesellschaft teilhaben und mitwirken und soziale Kontakte pflegen zu können.

Wesentliche Informationen müssen umgehend in Leichter Sprache, Gebärdensprache und barrierefreien Dokumenten zur Verfügung gestellt werden.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2.5 Geschäftsordnung für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

2.5.1 Antrag der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und-selbsthilfegruppen zu "Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik"

Herr Ladenberger erläutert, dass die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen diesen Antrag gestellt haben, damit die Wahl der neuen Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nicht nach der alten Regelung der Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik erfolgen muss. Mit diesem Verfahren, vorab die Zustimmung zur Änderung der Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu erteilen, setzt die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik großes Vertrauen in Politik und Verwaltung, im Sinne der Menschen mit Behinderung zu arbeiten.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt:

§ 2 Zusammensetzung

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet den Ausschuss Soziales und Senioren, die strikte Anforderung, dass die Selbstvertreter*innen in der Stadtarbeits-

gemeinschaft Behindertenpolitik strikt an die in Köln ansässigen Behindertenorganisationen bzw. Behindertenselbsthilfegruppen gebunden sein müssen, abzuschwächen.

Es sollte eine Regelung formuliert werden, die eine Mitgliedschaft in einer in Köln ansässigen Behindertenorganisation bzw. Behindertenselbsthilfegruppe als wünschenswert benennt, aber nicht zwingend vorschreibt.

Wahlweise könnte diese Festlegung auch entfallen und die Festlegung der Auswahlkriterien dem durch die Behindertenorganisationen bzw. Behindertenselbsthilfegruppen gebildeten Wahlausschuss überlassen werden.

§ 6 Leitung der Sitzung

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ist darüber informiert worden, dass bei der Leitung der Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eine Änderung geplant ist. Die Sitzungsleitung wird im Verhinderungsfall nicht mehr auf die/den Behindertenbeauftragten delegiert werden, sondern auf die Leiterin/den Leiter der für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zuständigen Dienststelle.

Diese geplante Änderung wird von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik begrüßt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3.1 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen 0299/2020

Herr Ladenberger verliest den Wortbeitrag von Herrn Intveen:

„Wir danken für die Vorlage des Berichts zur Umsetzung des Handlungskonzeptes. Es ist erkennbar, wie stark - wenn auch in unterschiedlicher Intensität - die Bemühungen und Erfolge innerhalb der Verwaltung sind, die Situation der Menschen mit Behinderung in der Stadt Köln zu verbessern.“

Ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass die Aussagekraft über den Fortschritt der Maßnahmen sehr von der Formulierung des Ziels abhängig ist. Zukünftig erbitten wir, die Ziele besser zu formulieren. Jedes Ziel muss klar und messbar sein. Hier werden wir zukünftig ein größeres Augenmerk auf angemessene passende Formulierungen legen.

Außerdem schlage ich vor, zusätzlich zur bisherigen Form die Maßnahmen nach Status des Fortschritts zu gruppieren.

Außerdem wäre wünschenswert, die Gründe für eine nicht zufriedenstellende Umsetzung zu benennen.“

3.2 Fertiggestellte Baumaßnahmen auf öffentlichen Spiel- und Bolzplätzen 2018/2019 3737/2019

Herr Ladenberger verliest den Wortbeitrag von Herrn Intveen:

„Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik haben den Arbeitsergebnissen der Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Verwaltung bzw. des Arbeitskreis Barrierefreies Köln und anderer engagierter Mitstreiter*innen in der Interessenvertretung der Menschen mit Behinderung, eine größere Bedeutung beigemessen, als sich das in der Umsetzung in verschiedenen Maßnahmen niederschlägt. Es wurde davon ausgegangen, man habe ein von allen getragenes Konzept erarbeitet, das als Planungsgrundlage bei der Gestaltung und Sanierung von Spielplätzen angewendet wird. Es macht den Anschein, dass deutlich bessere Erfolge hätten erzielt werden können, wenn das genannte Konzept konsequent angewendet worden wäre.

Wir sind damit nicht zufrieden und fordern eine Berücksichtigung der Aspekte der Barrierefreiheit bei allen Maßnahmen der Zukunft, unabhängig ob es sich um Neubau oder Sanierung einer Spielfläche handelt.

Sollte zu einer solchen Sicherstellung aus Sicht der Verwaltung das erarbeitete Konzept nicht ausreichen und deshalb so nicht angewendet werden können, stehen die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen für gemeinsame Gespräche bereit.“

Die Vorlage wird auf die nächste Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vertagt.

3.3 Jugendbefragung und dann... - Erste Bilanzierung 0178/2020

Siehe TOP 4.2

3.4 Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung 1102/2020

Herr Dr. Bell weist daraufhin, dass er in seiner Funktion als Behindertenbeauftragter und Frau Rehberg in ihrer Funktion als Abteilungsleiterin Vielfalt im Amt für Integration und Vielfalt, Mitglieder im Beirat für Öffentlichkeitsbeteiligung sind. Beide haben darauf hingewirkt, dass die Teilnahme an Beteiligungsverfahren auch für Personengruppen, die etwa aufgrund ihrer Behinderung bislang nicht einbezogen worden sind, ermöglicht wird. Dies wird u.a. durch niedrigschwellige, aufsuchende Bürgerbeteiligungen erfolgen.

Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.5 Inklusionstaxen in Köln 1098/2020

Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.6 Beantwortung der Anfragen an die KVB AG aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 17.02.2020 zu "Sicheres An- und Abfahren von Bussen und Bahnen" und "Akustisches Warnsystem bei Hybrid- und Elektrofahrzeugen"

Frau Beckmann teilt mit, dass das akustische Warnsystem AWAS auch in alle vorhandenen Busse eingebaut wird. Sie bietet auch weiterhin Gesprächsbereitschaft der KVB AG zu beiden Themen an.

Herr Ladenberger nimmt dies lobend zur Kenntnis. Er teilt mit, dass sich u.a. der Arbeitskreis Barrierefreies Köln weiterhin intensiv mit den Themen befassen und diesbezüglich auf die KVB AG zugehen wird.

3.6.1 Beantwortung der Anfragen an die KVB AG aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 17.02.2020 zu "Sicheres An- und Abfahren von Bussen und Bahnen" - akustisches Erkennen

Siehe TOP 6

3.6.2 Beantwortung der Anfragen an die KVB AG aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 17.02.2020 zu "Akustisches Warnsystem bei Hybrid- und Elektrofahrzeugen" - Türöffnung

Siehe TOP 6

4 Anfragen und Anträge

4.1 Anfrage des Vertreters der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen Herr Intveen vom 12.06.2020 zu "Prüfung Bereitstellung technischer Ausstattung für Audio- und Video-konferenzen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik"

Herr Dr. Bell sichert zu, dass sich die Verwaltung um eine zeitnahe Bearbeitung der Anfragen bemühen wird.

4.2 Anfrage der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen zu TOP 3.3 Jugendbefragung

Herr Ladenberger erläutert die Anfragen und bittet im Namen der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und –selbsthilfegruppen, die Anfragen bis zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu beantworten.

5 Mitteilungen

5.1 Stadtmagazin KölnerLeben: Wegweiser "Gut informiert älter werden" / Start des Podcast für Senioren 1458/2020

Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

5.2 Flyer der Landesbehindertenbeauftragten NRW "Barrierefreie Wahllokale"

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Flyer der Landesbehindertenbeauftragten zur Kenntnis.

Herr Dr. Bell erläutert die erschwerten Bedingungen, unter denen das Wahlamt aktuell die Kommunalwahlen vorbereitet. Er sichert zu, dass das Wahlamt baldmöglichst der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Informationen zur Barrierefreiheit der Kommunalwahlen 2020 zukommen lässt.

5.3 Mitteilung des ZsL- Zentrum für selbstbestimmtes Leben - Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung zu "Schutzkleidung für Assistent*innen"

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung des ZsL zur Kenntnis.

6 Bericht des Behindertenbeauftragten

6.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 2/2020 0647/2020

Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

7 Diversity

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Beiträge vor.

8 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Beiträge vor.

9 Verschiedenes

Herr Dr. Bell dankt allen Mitgliedern der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die konstruktive Zusammenarbeit unter diesen erschwerten Bedingungen.

Herr Ladenberger dankt allen für die gute Zusammenarbeit, insbesondere denen, die in der nächsten Amtsperiode der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nicht mehr dabei sein werden.

Herr Ladenberger stellt fest, dass die vergangenen fünf Jahre der Amtsperiode 2014-2020 für alle Mitglieder und Beteiligten an der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eine sehr intensive und arbeitsreiche Zeit waren. Es gab Erfolge und Misserfolge und auch zähe Verhandlungen. Viele Probleme konnten immer noch nicht gelöst werden. Aber es hat sich auch gezeigt, wie wichtig die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ist. Die Mitglieder, insbesondere die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und –selbsthilfegruppen, verstehen sich nicht als „reine Lobbisten“, sondern wollen das Ziel einer „inkluisiven Stadtgesellschaft“ für alle Menschen in Köln erreichen. Daher sind sie „Antreibende“ und „Mitarbeitende“ an der Stadtgesellschaft.

Herr Dr. Bell schließt sich im Namen aller Beteiligten Herrn Ladenbergers Ausführungen an.

Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2020, DSNr. 0418/2020

Herr Ladenberger verliest folgenden Wortbeitrag von Herrn Intveen:

„Diese Vorlage wurde der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in der Beratungsfolge nicht zugewiesen. Selbstverständlich interessieren sich die Mitglieder dieses Gremiums für diese Planung. Uns sind nur die Dokumente aus dem Ratsinformationssystem sowie u.a. die kritische Stellungnahme einer Vertreterin des Vereins Mitendrin e.V. bekannt.

Wir halten es für fraglich, ob eine Beteiligung in der aktuellen Form als ausreichend im Sinne des Prinzips „nicht über uns ohne uns“ zu bewerten ist. Dies entspricht nicht der geübten erfolgreichen Praxis, durch eine Einbindung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in die Beratungsfolge sicherzustellen, dass die Interessen der Menschen mit Behinderung ausreichend Gehör finden.

Gez. Dr. Günter Bell
(Vorsitzender /
Behindertenbeauftragter)

gez. Angela Edith Thiemann
(Schriftführerin / Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik)